

Aussage

Die Schweiz weist für die letzten zehn Jahre zusammen mit Japan das geringste Wirtschaftswachstum aller OECD-Staaten auf. Zwischen 1991 und 2001 hat das Bruttoinlandprodukt der Schweiz real lediglich um 1,1 Prozent pro Jahr zugenommen. Von 1990 bis 1999 waren es durchschnittlich sogar nur 0,6 Prozent. Demgegenüber konnten alle anderen OECD-Staaten ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum verzeichnen. Irland liegt bei diesem Vergleich mit einer jährlichen BIP-Zunahme von 7,7 Prozent mit Abstand an der Spitze, gefolgt von den USA mit einem durchschnittlichen Wachstum von 3,4 Prozent und den Niederlanden mit 2,8 Prozent. Das durchschnittliche OECD-Wachstum zwischen 1991 und 2001 liegt ebenfalls bei 2,8 Prozent.

Hintergrund

Die Schweiz durchschritt in den 90er Jahren eine lange wirtschaftliche Durststrecke. Der Aufschwung um die Jahrtausendwende hat sich inzwischen wieder markant abgekühlt. Umso wichtiger ist, dass wieder eine gesunde Basis für ein zukünftiges Wirtschaftswachstum gelegt wird. Dazu gehören insbesondere auch Investitionen in die Bildung und Forschung, eine Gesundung der Staatsfinanzen und eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen. Der Wirtschaftsstandort Schweiz muss wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, damit auch für die Zukunft unser Wohlstand nachhaltig gesichert werden kann.

Reales BIP-Wachstum zwischen 1991 und 2001	
Jährliches Wachstum in Prozent	
Irland	7,7
USA	3,4
Niederlande	2,8
Grossbritannien	2,7
Spanien	2,6
Dänemark	2,3
Österreich	2,1
Schweden	2,0
Frankreich	1,9
Italien	1,6
Deutschland	1,5
Japan	1,1
Schweiz	1,1
Quelle: OECD	

Aussage

In den OECD-Staaten wird durchschnittlich rund 5,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts in den Bildungsbereich investiert. Anteilsmässig viel wird in den nordischen Staaten Dänemark und Schweden für Bildung ausgegeben (7,2 respektive 6,8 Prozent). Die Schweiz liegt mit einem Wert von knapp 5,9 Prozent im Mittelfeld. Verhältnismässig wenig mit Werten um die 4,7 Prozent wird in Irland, Japan und den Niederlanden aufgewendet. Finanziert werden die Bildungsausgaben zum allergrössten Teil mit öffentlichen Mitteln. In den USA, in Deutschland und in Japan stammt hingegen auch ein bedeutender Teil aus privaten Quellen. In der Schweiz beträgt der Anteil der privaten Mittel an den Bildungsausgaben rund einen Zwölftel.

Hintergrund

Die Schweiz braucht weiterhin ein starkes staatliches Bildungssystem, das Chancengleichheit für alle gewährleistet. Im Bewusstsein der Bedeutung von Bildung (und Forschung) für Wirtschaft und Gesellschaft muss in diesem Bereich auch entsprechend investiert werden. Wichtig ist jedoch nicht einzig die Summe, sondern dass die Mittel effizient und effektiv eingesetzt werden. Dies haben die geplanten und zum Teil bereits laufenden Reformen zum Ziel.

Bildungsausgaben im internationalen Vergleich 1998			
Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandprodukts			
	Total	Öffentlich	Privat
Dänemark	7,17	6,81	0,36
Schweden	6,77	6,59	0,18
USA	6,43	4,82	1,61
Österreich	6,36	5,98	0,38
Frankreich	6,24	5,88	0,36
<i>Schweiz</i>	5,86	5,38	0,48
Deutschland	5,55	4,35	1,20
Spanien	5,30	4,44	0,86
Italien	5,01	4,82	0,19
Grossbritannien	4,92	4,65	0,27
Irland	4,71	4,31	0,40
Japan	4,70	3,55	1,15
Niederlande	4,61	4,49	0,12
Quelle: OECD			

Aussage

Die Schweiz wendete im Jahre 2000 2,64 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts für Forschung und Entwicklung (F+E) im Inland auf. Damit liegt sie über dem OECD-Durchschnitt von 2,2 Prozent und gehört zu den Nationen mit den prozentual höchsten Investitionen. Schweden ist in dieser Hinsicht mit einem Wert von 3,8 Prozent führend. Ebenfalls hohe Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen können in Japan und den USA festgestellt werden mit Anteilen von 3,0 respektive 2,8 Prozent. In Spanien und Italien sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung mit Werten von rund einem Prozent des jeweiligen Bruttoinlandprodukts vergleichsweise gering. Die für F+E in der Schweiz investierten Summen entsprechen in absoluten Zahlen jedoch lediglich einem Prozent aller in den OECD-Staaten geleisteten Aufwendungen. Die USA investieren in dieser Hinsicht rund 38-mal mehr.

Hintergrund

Das Verhältnis zwischen den inländischen Ausgaben der Privatwirtschaft und den Regierungsausgaben für F+E beträgt zirka drei zu eins. Die in der Schweiz ansässigen Unternehmen haben im Jahr 2000 im Inland 7710 Mio. Franken für F+E aufgewendet. Noch mehr als im Inland investieren die Unternehmen jedoch in Forschungsprojekte im Ausland (9030 Mio. Franken). Dabei deckt die pharmazeutische und chemische Industrie mehr als die Hälfte der Aufwendungen im Ausland ab. Die Forschungsausgaben der Wirtschaft im Ausland und in der Schweiz sind seit 1996 je um zwölf Prozent gestiegen.

Forschungs- und Entwicklungsausgaben 2000	
F+E-Bruttoinlandaufwendungen in Prozent des BIP	
Schweden*	3,8
Japan	3,0
USA	2,8
<i>Schweiz</i>	2,6
Deutschland	2,5
Frankreich	2,2
Dänemark*	2,1
Niederlande*	2,1
Grossbritannien	1,9
Österreich*	1,8
Irland*	1,2
Italien*	1,0
Spanien	0,9
* 1999	
Quelle: BFS; OECD	

Aussage

Die Europäische Union (EU) ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Schweiz. 2001 importierte die Schweiz gesamthaft Güter im Wert von 130,1 Mrd. Franken (ohne Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine sowie Kunstgegenstände und Antiquitäten). 79,9 Prozent der Importe stammten aus der EU. Auf die USA und Japan fielen 5,3 Prozent bzw. 2,4 Prozent. Die restlichen 12,4 Prozent verteilen sich auf die übrigen Länder. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Exporten. 61 Prozent von insgesamt 131,7 Mrd. Franken an Exportwerten gingen in die Länder der EU. In die USA flossen gut zehn Prozent, nach Japan rund vier Prozent.

Hintergrund

Die Schweizer Exportwirtschaft und damit auch die Binnenwirtschaft ist sehr stark mit der Europäischen Union verknüpft. Konjunkturelle Schwierigkeiten in den EU-Ländern wirken sich auf die wirtschaftliche Situation der Schweiz aus. Mit den im Juni 2002 in Kraft getretenen bilateralen Abkommen konnte das Verhältnis zur EU in sieben wirtschaftlichen Bereichen verbessert werden. Gegenwärtig laufen zwischen der Schweiz und der EU in zehn weiteren Bereichen Verhandlungen. Hierbei muss die Verhandlungsdelegation darauf achten, dass der Finanzplatz Schweiz nicht geschwächt wird. Am Bankkundengeheimnis und somit am Persönlichkeitsschutz muss festgehalten werden. Mit äusserster Vorsicht sind auch jene Bereiche zu prüfen, in denen die Schweiz nach Ansicht der EU den künftigen Acquis communautaire, das heisst künftiges EU-Recht, automatisch ohne Mitspracherecht übernehmen müsste.

Handelsströme der Schweiz 2001		
	In Prozent	In Mrd. Franken
Import¹		
EU	79,9	103,9
USA	5,3	7,0
Japan	2,4	3,2
Übrige	12,4	16,0
Total	100,0	130,1
Export¹		
EU	61,0	80,4
USA	10,6	13,9
Japan	3,9	5,2
Übrige	24,5	32,2
Total	100,0	131,7
¹ Total 1 (ohne Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine sowie Kunstgegenstände und Antiquitäten)		
Quelle: EFD		

Aussage

Die Schweizer Direktinvestitionen im Ausland haben seit 1992 kontinuierlich, in den Jahren 1999 und 2000 sogar sprunghaft zugenommen. Sie betragen zur Jahrtausendwende 72 Mrd. Franken. Erstmals wurde mit 34 Milliarden mehr in Nordamerika investiert als in der EU mit 25 Milliarden. Der schweizerische Kapitalbestand im Ausland betrug im Jahr 2000 insgesamt 373 Mrd. Franken, der Personalbestand 1,7 Millionen.

Umgekehrt betragen die ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz (Kapitalimporte) im Jahre 2001 gegen 14 Mrd. Franken. Im Jahr zuvor waren es noch knapp 33 Milliarden. Grund für diese Entwicklung ist der starke Rückgang der Direktinvestitionen aus Nordamerika. Im Jahr 2000 betragen diese noch rund 19 Mrd. Franken, schrumpften 2001 hingegen auf weniger als 500 Millionen. Gesamthaft betrug der Kapitalbestand der ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz im Jahr 2000 rund 134 Mrd. Franken.

Hintergrund

Direktinvestitionen sind Investitionen, mit denen ein Investor einen dauerhaften und direkten Einfluss auf die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ausüben will. Dies kann mit der Beteiligung am Kapital einer ausländischen Unternehmung oder durch Gründung einer Tochtergesellschaft oder Auslandsfiliale geschehen. Die Zunahme der weltweiten Direktinvestitionen zeigt, dass sich Unternehmen im Zuge der Globalisierung vermehrt im Ausland engagieren. Die Gründe dafür können vielfältig sein: Rohstoffversorgung, Lohnkostengefälle, Erschliessung und Ausbau von Absatzmarktpositionen, Marktnähe, steuerliche Faktoren, grössere Handlungsfreiheit usw.

Schweizer Direktinvestitionen im Ausland														
Direktinvestitionen (Kapitalexport in Milliarden Franken)														
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Dienste	0,4	3,9	5,4	4,2	4,7	1,4	6,1	4,7	5,6	11,4	9,9	17,6	40,6	48,6
Industrie	2,3	8,8	7,6	5,8	4,7	7,1	6,8	10,1	8,8	8,6	15,8	9,6	9,4	23,4
Total	2,7	12,7	13,0	10,0	9,4	8,5	12,9	14,8	14,4	20,0	25,7	27,2	50,0	72,0
Personalbestand (in 1000 Angestellten)														
	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Dienste	147	159	169	192	242	241	499	494	511	539	620	658	699	761
Industrie	580	732	772	779	806	838	838	902	920	916	949	954	942	975
Total	727	891	941	971	1048	1079	1337	1396	1431	1455	1569	1612	1641	1736
Kapitalbestand am Jahresende (Buchwert in Milliarden Franken)														
				1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Dienste				34,9	43,0	45,5	68,9	76,8	81,8	103,4	141,1	146,7	204,3	247,0
Industrie				50,3	59,1	62,0	66,6	70,9	82,1	87,2	99,6	106,9	107,0	125,6
Total				85,2	102,1	107,5	135,5	147,7	163,9	190,6	240,7	253,6	311,3	372,6
Quelle: SNB, Statistisches Monatsheft														

Aussage

2001 hat die Schweiz brutto gegen 1,2 Mio. Terajoule (1 TJ = 1000 Mrd. Joule) Energie verbraucht. Davon beanspruchten Umwandlung und Transport knapp 300'000 TJ. Der Endenergieverbrauch betrug rund 873'000 TJ. Gegenüber 1980 hat der Endenergieverbrauch damit über 28 Prozent zugenommen.

Interessant ist die Entwicklung der Anteile der verschiedenen Energieträger zwischen 1980 und 2001. Der Anteil der Erdölprodukte ist von 72 auf 59 Prozent gesunken. Markant ist hierbei vor allem der prozentuale Rückgang der Erdölbrennstoffe von über 45 Prozent auf 26 Prozent. Sogar in absoluten Zahlen ist der Verbrauch von Erdölbrennstoffen gesunken, nämlich von 310'000 TJ auf 229'000 TJ. Anteilsmässig wie auch absolut zugenommen haben demgegenüber der Verbrauch von Erdöltreibstoffen (Benzin, Dieselöl, Flugtreibstoffe), Elektrizität und Gas. Andere Energieträger wie Kohle, Holz, Fernwärme, Müll und Industrieabfälle, Sonne, Wind, Biogas und Umweltwärme erreichten 2001 gemeinsam einen Anteil von 7,6 Prozent des Endenergieverbrauchs.

Hintergrund

Die Endverbraucher haben 2001 insgesamt 23,8 Mrd. Franken für Energie ausgegeben. Dies entspricht gegen sechs Prozent des Bruttoinlandprodukts. Am tiefsten wurde für Erdölprodukte in die Tasche gegriffen. Von den 13,2 Mrd. Franken für Erdölprodukte entfielen 2,7 Milliarden auf Brennstoffe und 10,5 Milliarden auf Treibstoffe. Elektrizität wurde in der Schweiz für 8,5 Mrd. Franken konsumiert. Die Ausgaben für Gas betragen 1,7 Milliarden und diejenigen für feste Brennstoffe beziffern sich auf 0,4 Milliarden. In diesen Zahlen sind jeweils die fiskalischen Abgaben mit enthalten.

Energieverbrauch nach Energieträger					
Endenergieverbrauch 1980 und 2001					
	1980		2001		
	In Terajoule	In Prozent	In Terajoule	In Prozent	
Erdölbrennstoffe	309'480	45,5	228'860	26,2	
Erdöltreibstoffe	178'820	26,3	285'680	32,7	
Elektrizität	126'910	18,6	193'500	22,2	
Gas	30'370	4,5	98'840	11,3	
Rest	34'920	5,1	65'750	7,6	
Total	680'500	100,0	872'630	100,0	
Quelle: BFE					

Aussage

2001 betrug der Endenergieverbrauch in der Schweiz rund 873'000 Terajoule (TJ), soviel wie noch nie. Die Haushalte sind mit 28 Prozent für über ein Viertel des gesamten Energieverbrauchs verantwortlich. Auf die Industrie (inklusive verarbeitendes Gewerbe) fallen 20 und auf die Dienstleistungen 17 Prozent. Den grössten Anteil beansprucht der Verkehr mit etwa einem Drittel des gesamten Endenergieverbrauchs. Der Sektor Verkehr umfasst den öffentlichen und privaten Verkehr auf Strasse, Schiene, Wasser und in der Luft. Entgegen dem Trend der letzten Jahre ist der Energieverbrauch im Verkehrsbereich im Jahr 2001 leicht gesunken.

Hintergrund

Nicht überraschend ist, dass praktisch alle im Verkehrsbereich verbrauchte Energie aus Erdölprodukten gewonnen wird. Der Anteil von Elektrizität liegt in diesem Sektor bei rund drei Prozent. Anders sieht es bei den Haushalten, den Dienstleistungen und der Industrie aus. Bei den Haushalten dominiert zwar immer noch das Erdöl mit einem Anteil von über 50 Prozent. Bereits knapp ein Viertel der Energie wird hingegen in Form von Elektrizität konsumiert. Gemessen in Terajoule liegen bei den Dienstleistungen der Verbrauch von Erdölprodukten und derjenige von Elektrizität gleichauf. Die Industrie wiederum bezieht die Energie primär in Form von Elektrizität. Erdöl kommt hier noch auf 25 Prozent. Der Gasanteil liegt bei den letztgenannten drei Verbrauchergruppen (Haushalte, Dienstleistungen, Industrie) jeweils zwischen 15 und 20 Prozent. Alle anderen Energieträger wie zum Beispiel Kohle, Holz oder Fernwärme weisen in allen Sektoren nur geringe Anteile auf.

Energieverbrauch nach Verbraucher		
Endenergieverbrauch 2001		
	In Terajoule	In Prozent
Haushalte	241'760	27,7
Industrie	172'410	19,8
Dienstleistungen	148'180	17,0
Verkehr	295'390	33,9
Statistische Differenz inklusive Landwirtschaft	14'890	1,6
Total	872'630	100,0
Quelle: BFE		

Aussage

In der Schweiz wurde 2001 soviel Elektrizität produziert wie noch nie, nämlich 70'174 Gigawattstunden (GWh) oder 70,2 Mrd. Kilowattstunden (kWh). Mit rund 60 Prozent der gesamten Produktion sind die Wasserkraftwerke die bedeutendsten Stromproduzenten. Davon entfallen 25 Prozent auf Laufkraftwerke und 35 Prozent auf Speicherkraftwerke (Stauseen). Deutlich über ein Drittel der gesamten Strommenge (36 Prozent) wird in den fünf Kernkraftwerken Leibstadt, Gösgen, Mühleberg sowie Beznau I und II hergestellt. Knapp vier Prozent entfallen auf konventionell-thermische und andere Kraftwerke. Aufgrund dieser Struktur ist die Schweizer Stromerzeugung praktisch CO₂-frei. Die CO₂-Emissionen pro Kopf sind in der Schweiz dementsprechend tief.

Während zehn Monaten überstieg im Jahr 2001 die Landeserzeugung den Inlandbedarf und der nicht benötigte Strom wurde exportiert. In den kalten Monaten November und Dezember musste hingegen elektrische Energie importiert werden. Beim Stromverbrauch entfielen 2001 rund 30 Prozent auf die Haushalte, 34 Prozent auf Industrie und verarbeitendes Gewerbe, 26 Prozent auf Dienstleistungen, acht Prozent auf den Verkehr und zwei Prozent auf Landwirtschaft und Gartenbau.

Hintergrund

Vor allem die Kernenergie steht im Fokus der politischen Debatten. Derzeit wird im Parlament ein neues Kernenergiegesetz beraten. Das Stimmvolk wird zudem 2003 oder allenfalls 2004 über zwei Volksinitiativen zur Kernenergie befinden. Das erste Volksbegehren enthält ein zehnjähriges Moratorium für den Bau neuer Kernkraftwerke und für Leistungserhöhungen bestehender Werke. Betriebsverlängerungen bei bestehenden Anlagen würden in Zukunft dem fakultativen Referendum unterstehen und dürften jeweils maximal für lediglich zehn Jahre erteilt werden. Die zweite Initiative verlangt den vollständigen Ausstieg aus der Kernkraftenergie.

Die Stromproduktion in der Schweiz erfolgt zu zirka 60 Prozent aus Wasserkraft und zu 40 Prozent aus Kernkraft. Angesichts des stetig steigenden Elektrizitätsbedarfs ist nicht absehbar, wie der in unseren Kernkraftwerken hergestellte Strom ersetzt werden könnte. Einsparungen im Verbrauch und Ersatz durch alternative Energien sind in dieser Grössenordnung nicht möglich. Der Bau von Verbrennungsanlagen wäre bezüglich CO₂-Emissionen bedenklich und zusätzliche Stauseen würden wohl durch die selben Organisationen bekämpft, die für einen Ausstieg votieren. Als Alternative bliebe nur die Lückendeckung durch vermehrten Import von (Kernkraft-) Strom und die Aufgabe unserer Selbstversorgung.

Anteile Stromproduktion 2001		
	GWh	In Prozent
Laufkraftwerke	17'751	25,3
Speicherkraftwerke	24'510	34,9
Kernkraftwerke	25'293	36,1
Andere	2'620	3,7
Total	70'174	100,0
Quelle: BFE		